

DIE BONNER RUNDE - ANSÄTZE ZUR ANALYSE EINER KOMMUNIKATIONSFORM
LUDGER HOFFMANN

Institutionen sind auf den Austausch mit ihrer Umwelt angewiesen. Sie sind untereinander vernetzt, 'Agenten', und 'Klienten' (1) bewegen sich auch in anderen Handlungszusammenhängen, wir finden eingeschaltet 'homileische Diskurse' (2) und dgl. Institutionen haben eine nach außen darstellbare Programmatik, halten Sozialisations- und Zugangsformen für Nicht-Mitglieder (z.B. Übersetzungsroutinen) bereit. Der Rahmen als soziale Organisationsstruktur enthält neben allgemeiner Programmatik im Legitimationsformat auch Anwendungsregeln für die alltägliche Praxis, abkürzende Routinestrategien und Ökonomieprinzipien, die im Agenten-Wissen verankert sind. Die Institutionsspezifika erzeugen zahlreiche kommunikative Probleme in Interaktionen mit Klienten. Hier liegt denn auch ein guter Ansatzpunkt für linguistische Institutionsanalysen, der durch die Betrachtung der internen Perspektive der Agenten, ihrer Wissens- und Handlungsformen, ergänzt werden könnte. Einige Vorarbeiten verlangt der systematische und historische Vergleich institutioneller Kommunikationsformen, der über den Kontrast zwischen institutionsspezifischen Regeln und Regeln 'alltäglicher' Kommunikation hinausführen kann.

Das Fernsehen als Institution verfolgt programmatisch den Zweck, Informationen, Unterhaltung und Bildung audiovisuell über große Entfernungen zu transportieren. Es hat eine komplexe Organisationsstruktur - gegliedert in technischen und redaktionellen Sektor - , die spezifische Kommunikationsanalysen, z.B. zum Produktionsablauf einer Sendung (3), erforderlich macht. Demgegenüber liegen Untersuchungen fertiger Produkte auf einer anderen Ebene, wenn sie Herstellungs- oder Nachbereitungsweisen vernachlässigen. Da aber im Fokus der institutionellen Zweckbestimmung - wie immer sie genau zu formulieren wäre - Sendungen und ihre Rezeption stehen, bieten sie sich als Ansatzpunkte an, wengleich die Analyse darüberhinaus fortzuführen wäre. Die hier zu behan-

delnde Politikerrunde ist selbst stark institutionalisiert; es diskutieren jeweils am Wahlabend die Vorsitzenden der Bundestagsparteien, moderiert von zwei Vertretern der großen Anstalten, über festgelegte Themen. Im Mittelpunkt der Analyse steht somit diese institutionalisierte Form der Sendung als Teilkomplex der Institution Fernsehen.

Für das Medium ist Mehrfachadressierung charakteristisch (4). Die mehrfachadressierten Sprechakte richten sich an ein großes, für den Sprecher nur ungenau bestimmtes Publikum. Hier stellt sich das Problem, in welcher Weise ein so heterogenes Publikum gleichermaßen angesprochen werden kann - bis hin zum einzelnen Zuschauer, Hörer. In ihrer klassischen Arbeit machen HORTON und WOHL (1956) dafür den Charakter des Mediums als 'para-sozialer Interaktion' verantwortlich, die den Schein alltäglich-vertrauter Kommunikationsweisen und sozialer Wahrnehmungen vermittelt. Dem folgend kann das Produkt, die Sendung, als Kommunikationsangebot mit spezifischer Adressierung und Nutzung (bis hin zu Anschluß-Kommunikationen (5)) vor dem Hintergrund alltäglicher Kommunikationsformen behandelt werden. Für im Medium dargestellte Interaktion ist die Adressierungsproblematik noch komplexer, insofern direkter Partner und Publikum zu berücksichtigen sind. Konfliktefälle, wie sie gelegentlich mit unerfahrenen Interviewpartnern auftreten, machen deutlich, daß primäre Adressaten die Zuschauer, Hörer sind. Für die aber bleibt es schwierig, das Verständlichkeitspostulat zu erfüllen. Die Heterogenität der Adressatengruppen erzeugt ein Verständlichkeitsdilemma: wer maximal, d.h. für viele verständlich sein will, wird weniger informativ sein müssen; wer Spezifisches sagt, schließt viele aus. Es gibt nicht nur eindimensionale Lösungen des Adressatenproblems. Wir haben auch mit mehrfachadressierten Äußerungen zu rechnen, die gleichzeitig für den Adressaten A den Sprechakt X, für B den Sprechakt Y realisieren. Diese Art der Mehrfachadressierung kann offen oder verdeckt intendiert sein. Ein Beispiel wäre, daß ein Politiker mit ein und derselben Äußerung potentiellen Wählern etwas anderes zu verstehen gibt als Parteifreunden.

Diskurstypen werden bestimmt durch ihr thematisches Zentrum. Dessen Erschließung stellt vor erhebliche methodische Probleme. Eine grobe Charakterisierung kann etwa so aussehen:

(1) Das thematische Zentrum eines Normdiskurses ist die Frage, ob bestimmte Normen sinnvoll sind oder nicht.

Komplexere Kommunikationsformen sind gerade durch das Vorkommen verschiedener Diskurstypen gekennzeichnet (6). Ein erster Zugriff auf die thematische Struktur ist bereits möglich, wenn man institutionelle Zwecke und Programmatik kennt; genauere Aussagen setzen empirische Detailanalysen voraus, die bei den 'propositionalen Gehalten' ansetzen und von da ausgehend Abstraktionen vornehmen. Die offizielle Zweckbestimmung der 'Bonner Runde' am Wahlabend liegt darin, daß das Publikum sich von der entstandenen politischen Lage aufgrund der aktuellen Einschätzungen der Diskutanten ein Bild machen kann.

"Einschätzungen stellen individuelle Interpretationen bestimmter Wirklichkeitsteile dar: sie bilden Alltagssprachliche Vorstellungen, die sich die Aktanten auf der Grundlage einer - bezogen auf die Menge der möglichen Erfahrungen usw. - begrenzten Auswahl von Phänomenen machen. Einschätzungen sind also schon vergleichsweise komplexe synthetische Leistungen. (...) Die Mehrfachheit ermöglicht dem Wissenden zugleich eine Extrapolation über die vergangenen partikulären Erlebnisse hinaus auf noch Zukünftiges... Innerhalb des Aktantenwissens kommt die Einschätzung besonders dadurch ins Spiel, daß der individuelle Aktant ein stereotypisiertes Vorwissen übernimmt, so daß es ihm leicht gelingt, die konkrete partikuläre Erscheinung in ein schon vorstrukturiertes Wissen einzugliedern oder in Auseinandersetzung damit zu verarbeiten. (...) Mehrere Einschätzungen zu einem Wirklichkeitsausschnitt werden zusammengesetzt zu einem Bild." (EHLICH/REHBEIN 1977:49 ff.)

Einschätzungen des Wahlergebnisses stehen im Mittelpunkt der Sendung. Die genauen Ergebnisse sind noch nicht lange bekannt und noch nicht umfassend verarbeitet. Allerdings sind die Diskutanten aufgrund von Umfragen vor der Wahl, Wahlkampf Erfahrungen und wohl auch vorgefertigter Alternativ-Kommentierungen der Parteiorganisationen nicht ganz unvorbereitet. Trotz gelegentlicher Kritik ist die Demoskopie wichtigste Ressource für den Zugriff auf das Wählerverhalten und liefert zugleich eine direkte Basis für Kom-

mentare ("besser als vorhergesagt" , "voriges Jahr standen wir schon schlechter da" etc.). Schon am Wahlabend können Fragmente eines Bildes der entstandenen politischen Situation eingebracht werden. Allerdings stehen die Einschätzungen der Diskutanten oft unvermittelt nebeneinander. Einschätzungen haben geringeren Gewißheitsgrad. Im Alltag spielen sie aber eine Rolle für Planungen im Nahbereich. Die Politiker müssen sich strategisch auf parteiinterne Analysen und Entscheidungen in der Woche nach der Wahl einstellen; dafür können sie schon das Terrain abstecken und einzelnen Gruppierungen innerhalb ihrer Partei ihre Richtung signalisieren. Die dem offiziellen Zweck der Sendung verpflichteten Moderatoren können punktuell mittels Ergänzungen, Nachfragen oder Zusammenfassungen versuchen, ein Bild der Lage zu vermitteln; ihre Möglichkeiten sind aber aufgrund ihrer Rolle im Diskurs sehr begrenzt.

Auf der Basis der Einschätzungen des Wahlergebnisses werden Konsequenzen für Bund, Land und Parteien gezogen; diese Konsequenzen ergeben sich aus der politischen Gesamtkonstellation und dem Diskussionsstand in aktuellen Fragen. Ein voller Einstieg in die laufende Diskussion überschreitet allerdings den thematischen Rahmen und wird von den Moderatoren verhindert.

Wer bei einer Wahl das gesteckte Ziel nicht erreicht hat, ist eine Stellungnahme zu Gründen und Ursachen schuldig, die ihrerseits auch nur auf Einschätzungen beruht. In systematischer Hinsicht werden hier die aus Vorwurfs-Interaktionen bekannten Stellen für zweite Züge (7) eröffnet, ohne daß es aber zu einem weiteren diskursiven Austrag kommt. Für den Sieger besteht im allgemeinen kein Anlaß, sich zu Gründen und Ursachen zu äußern; er kann es aber tun.

Die Ankündigung politischer Entscheidungen - zumal des Siegers - nach der Wahl ist von hohem Relevanzwert für Publikum und Moderatoren (z.B. Vergabe von Kabinettsposten); hier wird üblicherweise für die Politiker der engere thematische Rahmen verlassen, insofern sie Fragen dieser Art parteiintern erst noch zu klären bzw. durchzusetzen haben und Festlegungen vermeiden wollen. Daher

begegnen sie entsprechenden Versuchen, die Moderatoren immer wieder anstellen, mit Ausweichen oder dem Hinweis auf Gremienzuständigkeit.

Der Rückblick auf den Wahlkampf fügt sich thematisch ein, wenn er nicht in einen Konflikt über Stilfragen (in Gestalt eines Normdiskurses etwa) einmündet. Er ist fakultativ (für Landtagswahlen) und wird vor allem von der unterlegenen Gruppierung genutzt.

Als rituelles Element findet man - meist im ersten Beitrag des jeweiligen Politikers - eine Danksagung an Wähler und Helfer, u.U. auch an den Spitzenkandidaten. Dieser Teil wird fakultativ realisiert, wobei sich die Politiker gelegentlich gegen die Moderatoren durchsetzen müssen, die ihn außerhalb des thematischen Rahmens verbannen möchten. Er begegnet eher bei den Gewinnern einer Wahl. Verlierer schalten mitunter korrespondierend rituelle Tröstungen für Anhänger, Helfer und Mitglieder ein.

Abb. 1 gibt eine Übersicht zu den Themenbereichen:

Obligatorisch	Fakultativ/Individuenspezifisch
(Einleitung)	
	Dank an Wähler/Helfer
	Glückwunsch für Spitzenkandidaten (beim Sieger)
	Tröstungen
Allgemeine Einschätzung des Wahlergebnisses	
Verlierer: Einschätzung der Gründe/Ursachen für die Niederlage	Sieger: Einschätzung der Gründe/Ursachen des Wählerverhaltens
Einschätzung der politischen Konsequenzen der Wahl (Bund/Land/Parteien)	Ankündigung künftiger politischer Entscheidungen
	Rückblick auf Wahlkampf, Stilfragen
(Abschluß)	Laufende politische Auseinandersetzung

Abb. 1: Thematische Struktur des Einschätzungsdiskurses der Bonner Runde (ohne Meta-Ebene)

Wie andere Kommunikationsformen kann auch diese durch den Übergang auf die Meta-Ebene angereichert werden; so können in einem Normdiskurs die Zusammensetzung der Runde oder die Zulässigkeit von Moderatorfragen diskutiert werden. Wenn hier von 'Sieger' oder 'Verlierer' die Rede ist, sollte klar sein, daß auch diese Kategorisierungen Gegenstand der Auseinandersetzung sein können; abgesehen von der Frage, ob sie die jeweilige Regierung stellen, können Politiker sich auch relativ zu den gesteckten Wahlzielen als 'Sieger' definieren bzw. sich der Kategorisierung als 'Verlierer' entziehen.

Die Themenfolge muß nicht der in Abb. 1 wiedergegebenen entsprechen. Der Bereich des Thematisierbaren enthält neben der abstrakten Vorgabe die Vorgängeräußerungen, so daß die Komplexität rasch expandiert, und die Gefahr verwirrender Querverweise und schwer nachvollziehbarer Kohärenz entsteht (vgl. Abb.2). Die Art der Adressierung und der Darstellungscharakter reduzieren ohnehin das Ausmaß, in dem auf unmittelbare Vorgängeräußerungen eingegangen wird, so daß eine lockere Sequenzstruktur daraus resultiert.

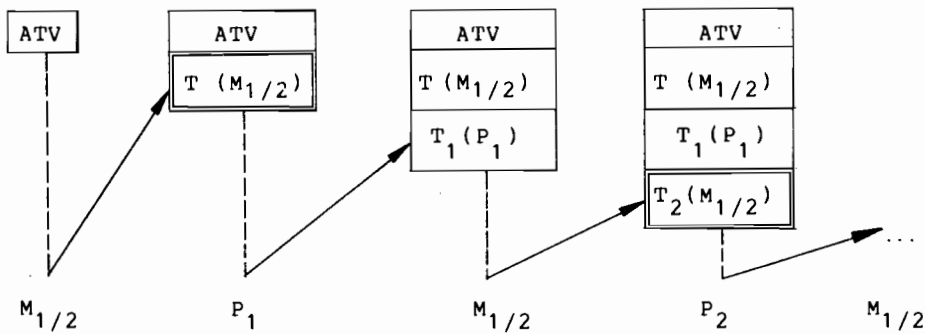


Abb.2: Thematische Expansion

ATV	Abstrakte Themenvorgabe	---	Orientierung an
T	Themenvorgabe	—	Themeneinführung
M	Moderator	◻	lokale thematische Relevanz
P	Politiker		

Abb.2 zeigt, daß die, durch die Moderatoren gesetzten, lokalen Relevanzen fortschreitend durch neu eingeführte Themen überlagert werden. Es ist zu erwarten, daß somit die lokalen Relevanzen eine zunehmend geringere Rolle für die Orientierung der Diskutanten spielen; dies gilt besonders mit Beginn des zweiten Durchgangs. Von da an finden wir gehäuft Reaktionen auf zurückliegende Politiker-Äußerungen bzw. Repliken, bis schließlich die aktuelle politische Auseinandersetzung, die zugleich die Grenze markiert, erreicht ist, und die obligatorischen Punkte der abstrakten Themenvorgabe abgearbeitet sind. Damit ist die Themenstruktur und Themenentwicklung grob umrissen.

Die Sendung läßt sich in einzelne Phasen mit spezifischen Charakteristika und Grenzmarkierungen nicht aufteilen; mit den Komponenten (Einleitung), (Befragung) und (Abschluß) geht sie über die Minimalstruktur nicht hinaus. Daß der formale Kern als Befragung zu gelten hat, ergibt sich aus der Analyse der Handlungszusammenhänge. Die Grenzen sind durch die Moderatoren explizit markiert (manchmal kommen Pause, Umschalttafel, externe Ansage hinzu). Von einer vollständigen Form kann durchaus die Rede sein. Auf übergreifende Zusammenhänge und Einbettung ist hier nicht einzugehen, da das Produkt im Mittelpunkt steht.

3.

Im folgenden Abschnitt sind die wichtigsten Elemente des Handlungszusammenhangs aufzuweisen.

Die Analyse der sprachlichen Handlungsmuster findet ihren Ansatzpunkt am konkreten Sprachmaterial, den Hintergrund bildet das wissenschaftlich rekonstruierte Handlungswissen von Aktanten. Die Bestimmung der Handlungscharakteristik läßt sich nicht über ein einfaches, kontextfreies Verfahren der Zuordnung von Illokution und sprachlichem Mittel als Indikator leisten, das dann ein-eindeutige Relationen herstellt. Der so vorgehenden, vom isolierten einzelnen Sprechakt ausgehenden 'klassischen Sprechakttheorie' müssen die Variabilität der Funktion sprachlicher Formen und die Komplexität sprachlicher Handlungszusammenhänge ein 'Rätsel' bleiben, das sie in der Anwendung auf gesprochenen Sprache als 'Scheitern' erlebt. Weiterführend ist hier die Erkenntnis des systematischen Bei-

trags sprachlicher Mittel zur Handlungsqualität von Sprache einerseits, der zweckorientierten Organisation von Handlungen in (gesellschaftlich bestimmten) Mustern, Diskurstypen und Institutionen andererseits. Für die Theorie sprachlicher Handlungsmuster ist die Identifizierungsproblematik erst auf der Ebene einer allgemeinen Funktionsbestimmung sprachlicher Formen und der Analyse komplexer, übergreifender Muster zu lösen. In diesen Punkten sowie im durchgängigen Aufweis des Zusammenhangs zwischen mentalen und interaktionalen Handlungsaspekten liegt die Differenz zur von SACKS begründeten Richtung der 'Konversationsanalyse'. Die Konversationsanalyse (Vgl. einf. BERGMANN 1981) versucht, in rigoroser Materialorientiertheit die Methoden aufzuweisen, mit denen Gesprächsteilnehmer den Ordnungscharakter sozialer Interaktion erzeugen und rezeptiv nutzen.

Viele Kommunikationsformen sind durch FRAGE-ANTWORT-Muster entscheidend strukturiert, z.B. die Vernehmung oder der Unterrichtsdiskurs. Die Muster sind aber jeweils - dem Zweck entsprechend - institutionsspezifisch ausgeprägt, wobei eine wichtige Rolle spielt, was der Fragende schon weiß und was erreicht werden soll: Sachverhaltsklärung (vor Gericht), Aufgabenlösung und Demonstration von Lösungskompetenz (Schule) etc. Eine wichtige Funktion im Diskurs ist für Moderatoren (wie für Richter oder Lehrer) die organisatorische und inhaltliche Steuerung (turn-Vorgabe, Thema- und Relevanzkontrolle). Der Moderator hat aber nur eine vermittelnde Rolle; jeder Diskutant kann sich unmittelbar ans Publikum wenden und in größerem Maß - verglichen mit anderen Sendeformen - die Vorgaben der Moderation unterlaufen. Die Grenzen im thematischen Bereich haben wir bereits markiert. Ein Überschreiten wird gelegentlich eingeklagt. Der Moderator hat diese Möglichkeit institutionell, er hat sie auch im Feld dessen, was "parasoziale Interaktion" genannt wurde, insofern er als "Ankermann" (8) Kontinuität und Vertrautheit der Form - realen Kommunikationsgeschichten vergleichbar - repräsentiert (gilt hier im Vergleich zu Reiche besonders für Nowotny). Auch die Politiker sind medial vertraut und bringen gewisse Stereotypen, die z.T. polarisierend aufgenommen werden, mit; nimmt man ihre Funktion und ihren faktischen Einfluß hinzu, kann von einer Asymmetrie zum

Nachteil der Befragten hier nicht die Rede sein (anders als in Schule oder Gericht). Der Moderator sorgt nicht nur für formale Ordnung und Proporz der Darstellungen, er versteht sich auch als Anwalt übergeordneten Publikumsinteresses an relevanten Aussagen zum Thema. Wenn man einzelne Handlungsmuster durch bestimmte Bedingungen charakterisiert (9), so zeigt sich, daß hier die Bedingungen für INFORMATIONSFAGEN

(B 1) Sp 1 weiß X nicht. (Sp = Sprecher)

(B 2) Sp 1 will X wissen.

nicht unbedingt gelten, z.B. weil der Moderator X schon weiß, aber nicht davon ausgeht, daß das für jeden Zuschauer/-hörer zutrifft. Die Bedingungen sind also zu ersetzen durch

(B 1') Sp 1 nimmt an, daß das Publikum mindestens partiell X nicht weiß.

(B 2') Sp 1 nimmt an, daß das Publikum mindestens partiell X wissen will.

Nun bringt das Publikum heterogene Wissensvoraussetzungen mit. Vielleicht will es X gar nicht wissen, wollte es aber, wenn nur Y bekannt wäre. Dies erfordert, Y über Fragepräsuppositionen oder flankierende Behauptungen mitzuliefern. Status und Kommunikationsverhalten von Politikern machen es unter Umständen auch notwendig, Fragen, die als unangenehm empfunden werden könnten, abzusichern, Zurückweisungen zu antizipieren und die eigene Person hinter öffentliches Interesse zurückzustellen; entsprechende Vorkehrungen macht auch die den Gesprächspartnern meist bekannte eigene politische Ausrichtung erforderlich, die ihrerseits nicht völlig parteikonform sein muß (einen 'Parteifreund' zu interviewen, kann besonders problematisch sein). Die Möglichkeiten des ZURÜCKWEISENS oder AUSWEICHENS sind größer als in vergleichbaren Kommunikationsformen. Wird etwa die Fragebedingung

(B 3) Sp 1 nimmt an, daß Sp 2 zu einer Antwort bereit und in der Lage ist.

zurückgewiesen, so können kaum angreifbare Begründungen gegeben werden; im Falle der wenig beliebten Frage nach Folgeentscheidungen etwa

- (1) Ich kann der Entscheidung zuständiger Gremien nicht vorgreifen.
- (2) Ich kann in öffentlichem Interesse zu diesem Punkt nichts sagen.
- (3) Erst wenn ich (etwa nach Antritt eines Amtes) über alle einschlägigen Informationen verfüge, äußere ich mich dazu.

Argumente dieser Art können mit vorteilhaften Selbstdarstellungen (ich respektiere Mehrheitsentscheidungen (1), handle als verantwortungsbewußter Amtsträger (2), neige nicht zu überhasteten Entscheidungen (3) etc.) verbunden werden. Wer eine klare, individuell geprägte Antwort erwartet, wird oft durch den Verweis auf bekannte Parteiprogramme und Wahlkampfplattformen, eigene frühere Äußerungen oder Äußerungen von Parteifreunden zum Themenkomplex, Slogans oder vorformulierte Stellungnahmen enttäuscht; die bis in die Syntax festzustellende Formelhaftigkeit von Politikeräußerungen erzeugt Unlust, da ein Verstoß gegen Konversationsmaximen (Informativität, Relevanz) unterstellt werden kann. Im übrigen kommt es zu Antworten, die in ihrer Relation zu den Fragen weit über das Format hinausgehen, das man aus anderen Kontexten kennt. Da Politiker für sich aufgrund ihrer Rolle öffentliches Interesse beanspruchen und auf solche Auftritte in der Regel vorbereitet sind, nutzen sie die Antworten auch, um über die Themenvorgabe hinaus zu transportieren, was ihnen aktuell (für Öffentlichkeit, Anhänger, Parteifreunde, Parteigruppierungen etc.) wichtig erscheint. Solche Punkte haben oft Nachrichtenwert und entfalten Wirkungen, lassen aber für das 'breite Publikum' die Interaktion auf dem Bildschirm diffus erscheinen, die ja schon im Bereich der thematischen Expansion (vgl; Abb. 2) komplex genug werden kann. Während also INFORMATIONSRAGEN der Antwort einen festen thematischen Rahmen vorgeben, wird hier nur ein 'Stichwort' geliefert, auf das zwar im Verlauf der Antwort irgendwo einzugehen ist, über das aber auch wesentlich hinausgegangen werden kann ('STICHWORTFRAGE') :

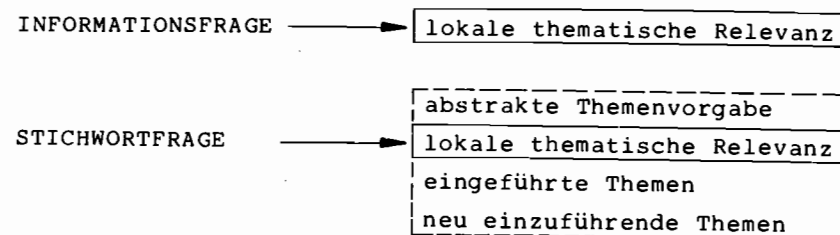


Abb. 3: Thematischer Antwortbereich für INFORMATIONSRAGE-/STICHWORTFRAGE

Als weitere Bedingung für die STICHWORTFRAGE gilt also:
 (B 4) Sp 2 ist im Rahmen seiner Orientierung am übergreifenden thematischen Bereich zu einer Antwort im weitesten Sinne verpflichtet.

Der Inszenierungscharakter als Frage-Antwort-Sequenz erfordert es, daß syntaktisch und semantisch die entsprechenden Äußerungsformen verwendet werden und eine Relation zwischen Fragen und Antworten im weitesten Sinne rekonstruierbar ist; zumindest darf nicht einklagbar sein, daß Sp 2 seinen lokal etablierten Verpflichtungen überhaupt nicht nachkommt oder Sp 1 keine Frage intendiert hat. Die Aufgabe des Moderators geht schließlich über die turn-Organisation hinaus; seine Qualität wird u.a. daran gemessen, daß er Stichworte liefert, die den aktuellen Diskussionsstand im Themenbereich repräsentieren. Ein wesentliches Ziel ist es, daß ein Politiker neue Perspektiven formuliert, die Nachrichtenwert haben. Das aber hängt von den Politikern ab, kaum von den Stichworten.

Eine STICHWORTFRAGE ist nicht erforderlich, wenn aktuelle Relevanzen lokal etabliert sind oder eine direkte Stellungnahme zur Äußerung eines Vorredners ansteht; in diesem Fall reicht die formale turn-Zuweisung durch WORT ERTEILEN. Der Zweck dieses Sprechakts besteht darin, Raum für die freie Wahl eines Sprechakttyps zu geben. Dagegen hat die STICHWORTFRAGE den Zweck, zur medialen Inszenierung einer Befragung beizutragen und vor dem allgemeinen thematischen Hintergrund bestimmte Punkte als lokal relevant für die Folgeäußerung zu markieren. WORT ERTEILEN ist

weniger häufig, da die Sendung nicht zur reinen Verlautbarung werden darf.

Beide Sprechakte sind - das ist hier als Bedingung nicht eigens formuliert - an die Rolle dessen gebunden, der die Funktion der Gesprächssteuerung wahrnimmt. Diese Funktion wird in dieser Kommunikationsform weniger restriktiv ausgeübt als etwa vor Gericht, wo nur in der Darstellungskomponente mittels ELIZITIEREN (Vorgabe des zu wählenden Musters) oder WORT ERTEILEN den Klienten der Institution gewissen Freiräume eröffnet werden, ansonsten aber eng gefragt oder argumentiert wird (10). Für das WORT ERTEILEN sind folgende Bedingungen zentral:

(B 1) Sp 1 nimmt an, daß Sp 2 sich vor dem vorgegebenen thematischen Hintergrund äußern will.

(B 2) Sp 1 will, daß Sp 2 für seine Äußerung im vorgegebenen thematischen Rahmen einen repräsentativen Sprechakttyp frei wählt.

Die Äußerungsformen sind nur selten explizit performativ:

(4) Ich erteile Ihnen/Frau N./Herrn N. das Wort.

Eine unpersönlich-resultative Formulierung ist charakteristisch für die institutionelle Prozedur der Bundestagsdebatte:

(5) Das Wort hat der (Herr/Frau) Abgeordnete(r) N.

(6) Das Wort zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung/zu X hat...

In anderen Bereichen wird als minimale Äußerungsform die Anrede verwendet, gelegentlich verbunden mit einem auf den Redegegenstand verweisenden Ausdruck; vgl. aus der Bonner Runde:

(7) Nowotny Herr Genscher dazu!

(8) Reiche Herr Dr. Kohl!

Anzumerken ist, daß die turn-Übergabe auch nonverbal erfolgen kann. Wenn wir uns nun dem sequentiell zweiten Zug zuwenden, so erwarten wir im Zentrum Sprechakte, die die jeweiligen Einschätzungen der Politiker zum Ausdruck bringen; wir erwarten auch Äußerungselemente, die als Antwort auf den Fragegehalt der STICHWORTFRAGEN und damit als Erfüllung formaler sequentieller Ver-

pflichtungen verstanden werden können. Für den repräsentativen Sprechakt, der eine Einschätzung zum Ausdruck bringt ('EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG'), gelten spezifische Bedingungen im Vergleich etwa zu Sprechakten, die die Grundlage ihres Wahrheitsanspruches nicht explizit machen ('BEHAUPTEN'). Das wird deutlich bei einer Gegenüberstellung der wichtigsten Bedingungen:

EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG	BEHAUPTUNG
(B 1) Sp 1 erhebt einen Wahrheitsanspruch relativ zur eigenen Einschätzung von p.	Sp 1 erhebt einen Wahrheitsanspruch für p.
Sp 1 ist bereit und in der Lage, Gründe, Evidenzen etc. für die Einschätzung anzuführen, also ggf. die Grundlagen der Einschätzung im Rahmen eines Diskurses auszuweisen	Sp 1 ist bereit und in der Lage, Gründe, Evidenzen etc. für die Wahrheit von p anzuführen, also ggf. die Wahrheit des Sachverhaltes im Rahmen eines Diskurses auszuweisen.
(B 3) Sp 1 will, daß Sp 2 glaubt, daß Sp 1 glaubt, daß p die Einschätzung E zukommt, und Sp 1 bereit und in der Lage ist, die Grundlagen der Einschätzung im Diskurs auszuweisen.	Sp 1 will, daß Sp 2 glaubt, daß Sp 1 glaubt, daß p, und Sp 1 bereit und in der Lage ist, die Wahrheit von p im Diskurs auszuweisen.
(B 4) Sp 1 verwendet eine syntaktisch-semantisch geeignete tisch-semantisch geeignete Äußerungsform (Aussagesatz, mit oder ohne expliziter Qualifizierung der Basis der Behauptung .	Sp 1 verwendet eine syntaktisch-semantisch geeignete Äußerungsform (Aussagesatz, rhetorischer Fragesatz; abgeschlossen ist das Vorkommen von Modalwörtern).

Generell sind die Möglichkeiten diskursiver Ausweisung bei 'w-qualifizierten Behauptungen' ('EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG, GLAUBENSBEHAUPTUNG/ WAHRNEHMUNGSBEHAUPTUNG (11)) eingeschränkt; hinter

das, was jemand wahrgenommen hat oder glaubt, kann man praktisch nicht zurückgehen. Allerdings lassen sich Sachverhalte, die zu einer bestimmten Einschätzung oder Überzeugung geführt haben durchaus thematisieren. Die Unterscheidung verschiedener Sprechakttypen im Bereich des BEHAUPTENS rechtfertigt sich u.a. eben daraus, daß sie jeweils unterschiedliche Diskurstypen eröffnen können. Der Zweck einer Behauptung ist es, einen Wahrheitsanspruch für einen Sachverhalt zu erheben und diesen damit zur diskursiv akzeptierten Tatsache zu machen; Zweck einer EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG ist die Vermittlung und Übernahme einer eigenen Einschätzung. In beiden Fällen können BEGRÜNDUNGEN eingefordert oder antizipierend gegeben werden. Letzteres ist vor allem für die untersuchte Kommunikationsform zu erwarten: den Politikern wird sequentiell viel Raum für monologische Ausführungen gegeben, die eigentlichen Adressaten sind nicht physisch zugegen und die Zeit für ein Eingehen auf einzelne angesprochene Punkte ist begrenzt. Zweck von BEGRÜNDUNGEN ist es, den umstrittenen oder als umstritten antizipierten Geltungsanspruch eines Sprechaktes abzusichern. Somit gelten u.a. folgende Bedingungen:

- (B 1) Sp 1 hat die Handlung H realisiert (oder geplant).
- (B 2) Sp 1 nimmt an, daß Sp 2 wissen will, warum Sp 1 H realisiert bzw. worauf sich sein Geltungsanspruch stützt.
- (B 3) Sp 1 erhebt einen Wahrheitsanspruch für p.
- (B 4) Sp 1 will, daß Sp 2 glaubt, daß Sp 1 glaubt, daß p, und Sp 1 bereit und in der Lage ist, Gründe, Evidenzen etc. für die Wahrheit von p anzuführen, also ggf. die Wahrheit des Sachverhaltes im Rahmen eines Diskurses auszuweisen.
- (B 5) Sp 1 nimmt an, daß p für Sp 2 die Handlung H plausibel machen bzw. den entsprechenden Geltungsanspruch stützen kann.
- (B 6) Sp 1 verwendet eine syntaktisch-semantisch geeignete Äußerungsform (Aussagesatz, Kausalangabe).

Damit sind die wichtigsten Möglichkeiten für den zweiten Zug beschrieben. Im dritten Zug kann der Moderator einerseits den turn an den folgenden Politiker weitergeben durch eine STICHWORTFRAGE oder WORT ERTEILEN, er kann aber auch den Darstellungsraum des

Vorredners erweitern, indem er an ihn den turn zurückgibt. Im zweiten Fall gibt es zwei unterschiedliche Gründe:

- nach Ansicht des Moderators sind bestimmte Punkte noch nicht angesprochen, sollten aber jetzt angesprochen werden;
- nach Ansicht des Moderators sind die vorgegebenen Ausführungen so klärungsbedürftig, daß dem Politiker dazu direkt die Gelegenheit zu geben ist.

Liegt der erste Grund vor, so kann eine STICHWORTFRAGE oder - bei vorausgesetztem thematischem Zusammenhang - eine PRÄFORMULIERUNG realisiert werden; liegt der zweite Grund vor, kann eine NACHFRAGE, VERSTÄNDNISFRAGE, REFORMULIERUNG oder als für den Moderator stärkste Möglichkeit ein Sprechakt des ANZWEIFELNS realisiert werden. Ausgangspunkt ist

(B 1) Sp 2 hat (mit Formulierung F) behauptet, daß p.

Im Falle der NACHFRAGE gelten die Fragebedingungen (vgl. S. 8, (B 1) (B 2)) unverändert weiter sowie

(B 2) Sp 2 weiß aufgrund von p X nicht.

Für die VERSTÄNDNISFRAGE gilt:

(B 3) Sp 1 will wissen, was Sp 2 mit seiner Äußerung gemeint hat.

Für die REFORMULIERUNG ist anzusetzen:

(B 4) Sp 1 will wissen, ob das, was Sp 2 gemeint hat, auch mit der Formulierung F' und einem Wahrheitsanspruch für p' auszudrücken ist.

(B 5) Sp 1 nimmt an, die Antwort zu wissen.

Entsprechend gilt für die PRÄFORMULIERUNG:

(B 6) Sp 1 will wissen, ob Sp 2 über p hinaus p1...pn behauptet (p, p1...pn stehen im thematischen Zusammenhang).

ANZWEIFELN setzt voraus:

(B 7) Sp 1 hält den Wahrheitsanspruch für p nicht für gerechtfertigt.

(B 8) Sp 1 will, daß Sp 2 Gründe, Evidenzen etc. für die Wahrheit von p anführt, also versucht, die Wahrheit von p im Rahmen eines Diskurses auszuweisen.

Sofern argumentiert wird - etwa von den Politikern in der zweiten Runde, wenn auch der jeweilige Gegner schon an der Reihe

war - finden wir Sprechakte des BESTREITENS, wobei gilt:

(B 9) Sp 1 erhebt einen Wahrheitsanspruch dafür, daß p falsch ist.

(B 10) Sp 1 will, daß Sp 2 glaubt, daß Sp 1 glaubt, daß p und Sp 1 bereit und in der Lage ist, Gründe, Evidenzen etc. für die Wahrheit von p anzuführen, also ggf. die Wahrheit von p im Rahmen eines Diskurses auszuweisen.

Weiterhin gilt hier auch (B 8) mit dem Zusatz 'oder p aufgibt'. Die Möglichkeit der NACHFRAGE ergibt sich aus den FRAGE-Obligationen, die der VERSTÄNDNISFRAGE aus dem Verständlichkeitspostulat, die des REFORMULIERENS/PRÄFORMULIERENS aus dem übergreifenden thematischen Rahmen. Entsprechend lassen sich Zweckbestimmungen formulieren. Zweck des ANZWEIFELNS/BESTREITENS ist die Ausarbeitung von Geltungsansprüchen im Diskurszusammenhang.

Grundsätzlich hat der Moderator nur vermittelnde Funktion, regt an und sucht Fragen und Interessen des Publikums zu vertreten. In eine Argumentation tritt er allenfalls dann ein, wenn es um den Rahmen der Kommunikationsform geht, also die Meta-Ebene tangiert ist. Hier hat der Politiker größere Freiheit.

Wie Abb. 4 zeigt, kann die REFORMULIERUNG auch rein resümierend und ohne die Folge der turn-Rückgabe eingesetzt werden.

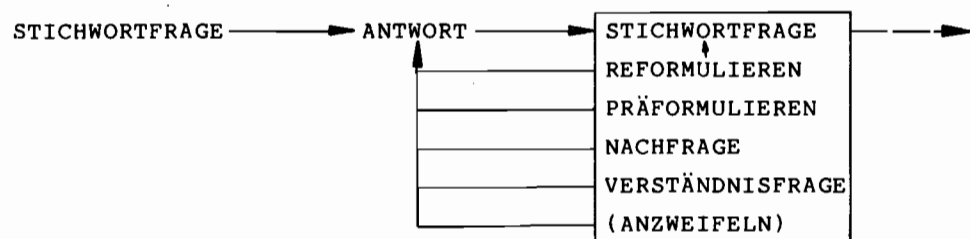


Abb. 4: Sequenzstruktur der Befragung (die zweite Position ist im Text spezifiziert)

Nach der Grobanalyse des Handlungszusammenhangs (die Äußerungsformen mußten vernachlässigt werden) werden nun die Einleitungskomponente und exemplarisch die Befragung des ersten Politikers behandelt (12).

4.

01 N / Guten Abend, meine Damen und Herrn./ Hier ist das ARD-
 N Studio in Bonn./ Wie immer an Landtagswahlen die Runde
 N mit den Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Partei-
 N en, / Hans Dietrich Genscher für die FDP, Willy Brandt
 05 N für die SPD und Dr. Helmut Kohl für die CDU./Um die Fra-
 N ge nach den Grünen, die so häufig gestellt wird in die-
 N sen Tagen gleich zu beantworten, sei darauf verwiesen,
 N daß diese Gruppierung noch nicht im Deutschen Bundestag
 N vertreten ist./ Wie gesagt, noch nicht./ Diese Sendung
 10 N wird von der ARD und dem ZDF und von allen Rundfunkan-
 N stalten der ARD direkt übertragen./ Die erste Frage hat
 N Hans Joachim Reiche vom ZDF./
 R / Angesichts dieses Wahler-
 R gebnisses, Herr Genscher, müssen wir wohl die Runde
 15 R bei Ihnen eröffnen. / "Den Wechsel jetzt sicher machen",
 R so hatten Sie überklebt in Hessen die Wahlplakate, xx
 R natürlich für Hessen gemeint, aber auch sinngemäß für
 R Bonn angesichts der Situation hier in Bonn der letzten
 R Tage. / Heißt der Umkehrschluß nun - Unsicherheit in
 20 R Bonn? / xx
 G / Herr Reiche, ich glaube, daß an der Nieder-
 G lage in Hessen nichts zu beschönigen ist./ xx äh- es ist
 G schwer an solchem Abend, die Gründe zuverlässig aufzu-
 G tun./ Ich glaube, daß die damalige Entscheidung der hes-
 25 G sischen FDP richtig war. / Ich habe daran nichts abzu-
 G streichen./ Wichtig ist ganz sicher, daß die Freien Demo-
 G kraten gerade in den letzten entscheidenden Tagen ein
 G Bild der äußeren und inneren Zerrissenheit geboten ha-
 G ben ./ Das kann nicht attraktiv auf den Wähler wirken,
 30 G weniger wenigstens,
 N /Vor allem in Bonn und im Land, nich'-/
 G aber wen- wen- nicht auf den, der den Wechsel will und
 G auch nicht auf den, der ihn nicht will./ Ganz sicher hat
 G auch äh-die Entwicklung von Bonn ihren Einfluß gehabt, /

35 G das ist ein sehr emotionaler Wahlkampf geführt worden,/
 G der es uns nicht möglich machte , die wirklichen Gründe
 G für das Ende der Bonner Regierung , die ja im Sachlichen
 G lagen, darzulegen./ Das sind also äh- Ergebnisse,die man
 G einfach mit einbeziehen muß. / Ich bin der Meinung , daß
 40 G sich an den Gründen,die für das Auseinandergehen der Re-
 G gierung in Bonn maßgeblich waren , nichts geändert hat,
 G nämlich daß wir nicht mehr in der Lage waren, gemeinsam
 G die anstehenden wirtschafts- und haushaltspolitischen
 G Fragen zu lösen./Wenn das richtig sind, und das ist mei-
 45 G ne Überzeugung, dann sind wir in der Pflicht,den Versuch
 G zu unternehmen, eine neue Regierung zu bilden, die diese
 G Aufgaben lösen kann,/ und deshalb werde ich morgen die
 G Verhandlungen mit der CDU/CSU fortsetzen.,
 N /Und Herr Dr. Kohl,...

Kommunikationsereignisse werden durch Aufzeichnung und Transkription der Diskursanalyse zugänglich gemacht, wobei sich die Genauigkeit der Verschriftung nach den Analysezielen bemißt. In jedem Fall ist die Transkription interpretativ, sind Selektionsentscheidungen an verschiedenen Punkten erforderlich. So ist im vorliegenden Beispiel der nonverbale Bereich nicht notiert, weil primär sprachliche Handlungszusammenhänge thematisiert werden sollten; allerdings wurde das Videoband fortlaufend zur Analyse herangezogen: Nach der Erstellung einer literarischen Umschrift ist der nächste komplexe Arbeitsschritt die Segmentierung des Transkripts (markiert durch '/' und ' ') in Einheiten mit jeweils unterschiedlichem Handlungscharakter. Jedes Segment bildet eine Äußerungseinheit , mit der eine sprachliche Handlung realisiert wird. Die Analyse setzt voraus, daß die kommunikative Funktion einzelner sprachlicher Mittel grundsätzlich bestimmt ist und Sprechakten spezifische Realisierungsformen zugeordnet sind, so daß dann die konkrete einzelne Verwendung geklärt werden kann. (Die Vorgehensweise im einzelnen bei diesem Arbeitsschritt kann schon aus Raumgründen in der vorliegenden, ergebnisorientierten Darstellung nicht abgebildet werden; hier ist auf die größeren empirischen Untersuchungen zu verweisen.) Anschließend sind dann die auf den Mustern operierenden,übergreifenden Handlungsstrategien sowie individuelle Variationen zu behandeln (Vgl. HOFFMANN 1983).

Die Einleitungskomponente wird von einem Moderator (Nowotny) allein bestritten ; ihre Funktion ist Grenzmarkierung und Überleitung in die Kommunikationsform. Die (nicht im Detail zu analy-

sierende) Handlungsstruktur läßt sich wie folgt darstellen:

Zeile	Sprecher	Sprechaktbeschreibung
01	N	BEGRÜSSUNG (des Publikums)
01-02		HINWEIS (auf Sendeort)
02-03		HINWEIS (auf Sendeform)
03-05		VORSTELLUNG (der Politiker)
05-09		BEGRÜNDUNG (des Ausschlusses der Grünen)
09		TROST
09-11		HINWEIS (auf Übertragungsform)
11-12		ELIZITIEREN (der 1. Frage durch R)

Für Live-Sendungen sind BEGRÜSSUNGEN obligatorisch; das Medium begegnet dem Rezipienten nicht als Block , sondern differenziert in Analogie zu sonstigen Kommunikationssituationen. Entsprechend werden auch Ort, Form und (nicht ohne Stolz) Adressatenkreis der Sendung eingeführt.Die VORSTELLUNG der Diskutanten ist nicht bloß formale Pflicht, sie berührt auch den Status der Sendung. Die Runde der Vorsitzenden ist so institutionalisiert, daß schon die Vertretung eines Teilnehmers durch seinen Generalsekretär heftige Reaktionen beim Publikum auslöst und begründungspflichtig ist (13).Dies gilt nun auch für das Fehlen der Grünen, wengleich aus anderem Grund. Es gab im Vorfeld öffentliche Diskussionen über ihre Teilnahme , die Nowotny in seinem Beitrag (o5 ff.) voraussetzt. Seine BEGRÜNDUNG, die auf die Teilnahmeregel der Sendung rekurriert, steht also nicht im luftleeren Raum; sie soll strategisch wohl Folge-Kommunikationen mit Zuschauern/Hörern blockieren, die sich am Fehlen der Grünen festmachen lassen. Vor diesem Hintergrund ist der Zusatz (09) als TROST/BESCHWICHTIGUNG aufzufassen.

Mit dem ELIZITIEREN der ersten FRAGE ist die Einleitungskomponente abgeschlossen; der zweite Moderator kann in das vorgegebene Muster 'einsteigen', während der erste die Steuerungs- und Koordinationsfunktion okkupiert,solange der andere in der Frageposition ist. Ein ausgewogener Wechsel der Funktionen findet in die-

ser Sendung aber nur im ersten Durchgang statt, dann tritt Nowotny als Fragensteller quantitativ in den Vordergrund und markiert schließlich auch den Abschluß.

Zunächst wieder ein Überblick zur Handlungsstruktur:

Zeile	Sprecher	Sprechaktbeschreibung
13-15	R	BEGRÜNDUNG (Adressatenwahl) und ADRESSIERUNG
15-19	R	BEGRÜNDUNG (des Frageinhalts)
19-20	R	STICHWORTFRAGE
21	G	ANREDE
21-22		EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG (Wahlergebnis)
22-24		BEHAUPTUNG (Analyseproblematik)
24-25		EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG (Entscheidung der Landespartei)
25-26		BEKRÄFTIGUNG (der Einschätzung)
26-29		EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG (Zerrissenheit als Grund der Niederlage)
29-30		BEGRÜNDUNG (Attraktivität für Wähler) I
31	N	PRÄFORMULIERUNG
32-33	G	BEGRÜNDUNG II
33-34		EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG (Grund in Bonn)
35		BEGRÜNDUNG (emotionaler Wahlkampf)
36-38		BEHAUPTUNG (Unmöglichkeit der Sachdarstellung)
38-39		BEHAUPTUNG (Relevanz der Gründe)
39-45		EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG (Gründe für Wende bleiben)
45-47		FOLGERUNGSBEHAUPTUNG (Pflicht zum Versuch der Regierungsbildung)
47-48		ANKÜNDIGUNG (Fortsetzung der Verhandlungen)

Für den Moderator stellt sich zu Beginn das Problem der Wahl eines Adressaten für die erste Frage; dies muß nicht - wie die Durchsicht verschiedener Bonner Runden zeigt - der Verlierer sein; hier aber wird eine entsprechende Begründung gegeben. Die BEGRÜNDUNG für den Frageinhalt liefert die Parole der Landes-FDP;

deren Argumentation war

(9) Wenn im Lande FDP gewählt wird, wird der Wechsel (Land/Bund) sicher gemacht.

Der Umkehrschluß, nach dem Reiche fragt, ist nicht zwingend; zumindest nach dem Relevanzprinzip setzt (9) aber voraus:

(10) Der Wechsel ist nicht sicher bzw. es besteht Bedarf, den Wechsel zu sichern.

In Hessen ist die Wende ja auch ausgeblieben. Die STICHWORTFRAGE zielt auf die drängendste aktuelle Frage, den Fortgang der Bonner Verhandlungen zur Bildung einer neuen CDU/CSU/FDP-Regierung, bezogen auf die thematische Struktur (Vgl. Abb. 1) also auf die Einschätzung der politischen Konsequenzen sowie eine Ankündigung künftiger politischer Entscheidungen. Sie greift damit auf den ersten Blick betrachtet vor, ermöglicht es so aber gerade dem befragten Politiker, den gesamten thematischen Rahmen abzuarbeiten, um eine Grundlage für die Antwort bereitzustellen. Legt sich Genscher hinsichtlich seiner Entscheidung fest, hat das hohe Informationswert; die Antwort in diesem Sinne auf die STICHWORTFRAGE ist die ANKÜNDIGUNG in Z. 47f. Treffen sich die übergreifenden strategischen Ziele (Reiche will, daß Genscher sich in einer Weise äußert, daß eine aktuelle Nachricht entsteht - Genscher will mindestens den Verhandlungspartnern signalisieren, daß es weitergeht), wird die Interaktion ganz unproblematisch. Neben der gewählten Ebene der Handlungsbeschreibung ist also wenigstens auch die Ebene lokaler und globaler Strategien heranzuziehen, die über den Mustern operieren. Strategien richten sich auf Ziele, die als Ergebnis von Handlungen des Partners herbeigeführt werden können und nicht ohnehin erwartbar sind; sie können offen oder verdeckt intendiert sein. Das Konzept ist dahin zu erweitern, daß auch bestimmte Einstellungen des Adressaten (z.B. positives Bild von Partei X) angestrebt werden können, die dann zu bestimmten Handlungen (z.B. Wahl der Partei X) führen. Eine Niederlage akzeptieren, kann als 'faires Verhalten' gesehen werden; darauf setzt Genscher mit seiner ersten EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG (Z. 21f.). Die einleitende ANREDE des Moderators (Z. 21) erinnert daran,

daß hier eine Interaktion inszeniert wird. Unmittelbare Verlautbarungen, direkte Adressierung des Publikums durch die Politiker würde diese Fiktion durchkreuzen; daher wenden sich in der Regel nur die Moderatoren in den Grenzmarkierungskomponenten unmittelbar an das Publikum, von dem ansonsten indirekt in der dritten Person die Rede ist ("die Menschen draußen..."; "können Sie das für unsere Zuschauer noch einmal formulieren..." etc.).

Die thematische Vorstrukturierung ist deutlich: es bedarf keines aktuellen Vorwurfs, der Wahlverlierer gerät 'von selbst' in den Zugzwang zur Verteidigung oder vollständigen Schuldübernahme - alles andere gilt von vornherein als Strategie des AUSWEICHENS. Genscher muß als Verlierer natürlich Getreue, Helfer und Anhänger berücksichtigen, die sich angesichts eines Debakels anders orientieren könnten; sie brauchen Trost, rationale Gründe und Ursachen zur Erklärung, um eine Zukunftsperspektive in der Partei zu sehen. Innerparteilich steht Genscher als Vorsitzender, der den Wechsel vollzogen hat, im Schußfeld, aus dem er - gemeinsam mit seinen Anhängern - heraus will. Neben den innerparteilichen sind auch die Gegner in den Parteien zu berücksichtigen, mit denen eine Koalition eingegangen werden soll, ferner das distanzierte Publikum. In diesem Zusammenhang setzt nun die Einschätzung des Wahlergebnisses als Niederlage den Ausgangspunkt, hinter den Genscher vorerst (parteiintern wird genauer analysiert werden) nicht zurückkann; die Grenzen für positive Relativierungen ("in den Städten haben wir aber besser abgeschnitten als sonst") sind eng gesteckt.

Ehe sich Genscher nun auf die Verteidigung einläßt, schwächt er vorgreifend ab (22ff.); der Inhalt der BEHAUPTUNG ist eine Selbstverständlichkeit, strategisch aber soll schon eine Offenheit im Bereich der Gründe reklamiert werden. Genscher zielt damit auf die bevorstehende innerparteiliche Argumentation, bei der ihm eine gewisse Flexibilität - auch das Aufgreifen neuer Argumente - nützen könnte. Natürlich wäre es möglich, daß im Sinne der Mehrfachadressierung hier auch für das breite Publikum eine Relativierung gegeben werden soll. Weiterhin kann - auf einer anderen

Ebene - ein Gemeinplatz immer auch die Chance geben, Zeit zu gewinnen und die Gedanken zu sammeln.

Nach der Einschätzung des Wahlergebnisses kommt Genscher zur Einschätzung der Koalitionsaussage der Landes-FDP, die wohl mindestens mit seiner Billigung zustande gekommen war, so daß sich auch in diesem Fall Verantwortlichkeiten ergeben. Mit dem nicht weiter explizierten Ausdruck "richtig", der sich auf ein Spektrum von Normen beziehen kann, bleibt aber einiges offen, z.B.: war die Entscheidung sachlich geboten, taktisch aber falsch? War sie taktisch richtig (um die bundesweite Wende einzuleiten), landespolitisch aber riskant (Opfer muß man bringen, die aktuellen Bonner Wirkungen konnte niemand ahnen)? Innerparteilich wird also durchaus Position bezogen - hier gibt es außer Selbstaufgabe keine Alternative -, eine gewisse Flexibilität, die sich auch gegen die Landes-FDP richten kann, bleibt für die interne Diskussion erhalten. Für das breite Publikum wird Kontinuität und Solidarität demonstriert; vor allem erstere wird von Politikern als (Darstellungs-) Wert hochgehalten. Natürlich ist auch hier ein positiver Hinweis an die künftigen Bonner Koalitionspartner enthalten, die sich nicht auf einen Partner mit stetigem Wechselkurs und andauernden Skrupeln stützen möchten. Insofern ist dies über die Schuldfrage hinaus ein wichtiger Punkt, der anschließend noch bekräftigt wird (Z. 25 f.).

Inhaltlich zentral für die Erklärung des Wahlergebnisses ist die folgende EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG (26-29) über die Bedeutung der Zerrissenheit der Partei, an die sich die BEGRÜNDUNG (29-30) mit der Wirkung auf die Wähler - ungeachtet ihrer Einstellung zum Wechsel (32 f.) - anschließt. Die Einschätzung beruht nicht nur auf konkreten Erfahrungsmomenten, sondern auch auf einer gängigen Verallgemeinerung zur Rolle der Geschlossenheit in der Partei, wobei Genscher mit der "äußeren Zerrissenheit" wohl die Außerdarstellung, mit der "inneren" die Fraktionierung meint. Innerparteilich ist nun gerade umstritten, ob das Verhalten der Führungsspitze im Zusammenhang mit der Wende oder jene Abweichler, die sich einem Kurswechsel widersetzt haben, für die Zerrissen-

heit der Partei verantwortlich zu machen sind. Damit hat Genscher Position für die innerparteiliche Auseinandersetzung bezogen; wenn die Führung keine Schuld trifft - auf sachliche Gründe für den Wechsel kommt Genscher später noch -, geht die Schuldzuweisung an die innerparteiliche Opposition, kann der im Raum stehende Vorwurf weitergegeben werden. Der Zustand der Partei wird nicht verdeckt - er ist ohnehin offenkundig -, die direkte Schuldzuweisung wird aber im Interesse der Außendarstellung der innerparteilichen Auseinandersetzung vorbehalten. Die Zielrichtung ist aber insofern deutlich, als auch von dem Wähler die Rede ist, der den Wechsel nicht will (Z. 33), und mit dieser Figur arbeiten gerade die innerparteilichen Gegner, wenn sie den Wechsel um des Wählerauftrags, der Glaubwürdigkeit und der Kontinuität willen ablehnen.

Nowottnys Einschub ist nicht nur akustisch teilweise schwer verständlich (aufgrund der Überlagerung), er ist auch schwer zu interpretieren. Er zielt, auch wenn die Platzierung dies vermuten läßt, nicht auf eine Beendigung von Genschers Beitrag und eigene turn-Übernahme. Als inhaltlicher Bezugspunkt kommt die Äußerung über die Zerrissenheit der FDP in Betracht, die bestätigt und durch eine Angabe erweitert wird. Über die in Gesprächen sonst übliche Verständnissicherung und Anzeige fortdauernder Fokussierung des Themas hinaus, die in dieser Kommunikationsform (Freiraum der Befragten, Adressierung) ohnehin weniger erwartbar sind, kann das Ziel also eine Explikation sein. Wenn wir uns an die gesprächssteuernde Frage des Moderators und an die Ausgangsfrage (Unsicherheit in Bonn?) erinnern sowie das (schwer identifizierbare) "nich" als 'tag' einbeziehen, so ist ein Verständnis als PRÄFORMULIERUNG möglich.

Genscher setzt zunächst unbeirrt seinen Beitrag fort, kommt dann aber direkt auf Bonn zu sprechen. Die EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG zum Bonner Einfluß (33-34) wird expliziert durch die BEHAUPTUNG (Z. 36-38) daß es nicht möglich war, die wirklichen Gründe für das Scheitern der alten Koalition deutlich zu machen; diese explizierende BEHAUPTUNG ist mit einer vorangestellten BEGRÜNDUNG (Z. 35)

versehen, die sich auf die emotionale Führung des Wahlkampfes bezieht. Damit geht die Schuldzuweisung in eine andere Richtung, an den parteipolitischen Gegner SPD, ohne ihn zu nennen. Unterstellt wird, daß die Adressaten (auch außerhalb Hessens) wissen, welche Vorgänge gemeint sind. Eine Schuldzuweisung dieser Art hat den Vorteil, die eigene Position, die eigenen Argumente unangestastet zu lassen. Eine Variante, die in den siebziger Jahren eine große Rolle gespielt hat, war die Schuldzuweisung an die Rundfunkanstalten (gestützt auf eine bekannte Demoskopie) mit erheblichen politischen Konsequenzen; eine andere machte Begriffsbesetzung und Begriffsstrategien durch den Gegner (die Linke) verantwortlich im vorliegenden Fall ist die Schuldzuweisung nicht an den Gegner - der kennt seine Strategien -, sondern an das breite Publikum adressiert, und es wird davon ausgegangen, daß sich die Darstellung von Sachlichkeit (keine Namensnennung) auszahlt. Wenn wir einen Vergleich mit Vorwurfs-Interaktionen - etwa vor Gericht (Vgl. HOFFMANN 1983) - vornehmen, zeigt sich, daß in dieser Kommunikationsform strategische Varianten des GESTEHENS, die persönliche Schuldübernahme einschließen, sehr selten sind; in der Regel werden Entschuldigungsgründe angeführt, die extern zu lokalisieren sind - innerparteiliche Konflikte werden nur offengelegt, wenn sie sich nicht verbergen lassen. Etwas anders ist die Situation für den Kandidaten, der eine Wahl verloren hat; er ist meist gezwungen, auch persönliche Verantwortlichkeit einzuräumen.

Mit der BEHAUPTUNG der Relevanz der angeführten Gründe (38 f.) wird auch formal-resümierend ein Abschluß markiert; die ersten beiden obligatorischen Punkte der Themenstruktur (vgl. Abb. 2) sind abgehandelt, nun kann auf den dritten Punkt - und damit den Kern der Frage von Reiche - eingegangen werden. Im Mittelpunkt steht wieder eine EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG (39-45). Wenn sich an den Gründen für den Wechsel - genannt wird die Unfähigkeit, wirtschafts- und haushaltspolitische Probleme gemeinsam zu lösen - nichts geändert hat, so ergeben sich daraus bestimmte Konsequenzen, die im folgenden aufgeführt werden. Die Folgerung ist - so

behauptet Genscher - die Pflicht, den Versuch zur Bildung einer neuen Regierung zu unternehmen (Z. 46-47). Ein zwingender Schluß liegt hier nicht vor; er könnte so aussehen:

- (11) Die Regierung ist gescheitert (hat keine Mehrheit mehr).
 (12) Wenn die Regierung scheitert (keine Mehrheit mehr hat), besteht die Pflicht zu versuchen, eine neue Regierung zu bilden.
-
- (13) Es besteht die Pflicht zu versuchen, eine neue Regierung zu bilden.

Daß die Regierung bestimmte Probleme nicht lösen kann (vgl. Z.42 ff.), muß nicht (11) zur Folge haben, sondern ist eher der Normalfall; (12) klammert eine seinerzeit viel diskutierte Alternative aus: Neuwahlen, an denen der FDP damals aufgrund der Umfragen wenig lag. Ein weiteres Problem steckt in dem "wir" (Z. 45), sofern es sich auf die FDP bezieht. Die Pflicht ist auf alle Parteien im Parlament distribuiert, und es gibt da verschiedene Kombinationsmöglichkeiten. Das "wir" kann also auch so verstanden werden, daß Koalitionen ohne FDP-Beteiligung ausgeschlossen werden sollen. Die Arbeit mit zwingend erscheinenden Schlußketten, deren problematische Generalprämisse nicht explizit wird, ist durchaus typisch für Kommunikationsformen dieser Art. Hier wird diese Taktik geschickt mit der Darstellung verbunden, man orientiere sich allein an den staatspolitischen Notwendigkeiten.

Von einer FOLGERUNGSBEHAUPTUNG ist die Rede, weil die für BEHAUPTUNGEN konstitutiven Bedingungen und Verpflichtungen zu diskursiver Ausweisung hier gelten, andererseits aber der Wahrheitsanspruch relativ zu mehr oder weniger expliziten 'Redehintergründen' (z.B. was Sp glaubt, was als Norm gilt etc.) erhoben wird. Die Analyse alltäglicher Argumentationen muß den streng logischen Begriff der Folgerung bzw. des Schließens erweitern.

Mit der FOLGERUNGSBEHAUPTUNG wird zugleich eine BEGRÜNDUNG für die angeschlossene ANKÜNDIGUNG (Z. 47 f.) gegeben, die Verhandlungen mit der CDU/CSU fortzusetzen. Damit bringt Genscher eine aktuelle politische Entscheidung zum Ausdruck, mit der er sich dem Partner gegenüber öffentlich festlegt, und die insofern the-

matischen Relevanzwert im Sinne der Vorgaben für diese Sendeform hat. Die Mehrfachadressierung der Äußerung kann man so auflösen, daß gleichzeitig eine INFORMATION (adressiert an die interessierte Öffentlichkeit) und eine ZUSAGE (an den Partner) realisiert wird. Innerparteilich kommt - Gegnern und Anhängern gegenüber - der Aspekt hinzu, daß an der Politik der Führungsspitze auch nach dem Wahldebakel in Hessen festgehalten wird.

Die STICHWORTFRAGE ist damit nicht in dem Sinne beantwortet worden, wie das sonst von FRAGEN erwartet wird; mit Genschers Ausführungen ist es verträglich, daß Unsicherheit in Bonn herrscht oder auch nicht. Das ist aber gerade typisch für die lockere Beziehung zwischen STICHWORTFRAGE und ANTWORT. Mehr kann hier nicht eingeklagt werden; schließlich hat Genscher sich am thematischen Rahmen orientiert und Relevantes auch zur Situation in Bonn beigetragen, somit den Erwartungen entsprochen. Aus Genschers Sicht haben die für ihn wesentlichen Adressaten alles Wichtige erfahren können:

- das breite Publikum seine Einschätzung des Ergebnisses, der Gründe und Konsequenzen;
- der künftige Koalitionspartner die Zusage der Fortsetzung der Verhandlungen auch nach dem Rückschlag;
- die eigene Partei die Schuldzuweisung und die Absichten der Führungsspitze.

Dazu kommen Aspekte der Außendarstellung und Imagepflege, auf die nicht einzugehen ist; eine ganz andere Frage ist, wie präzise sich Genscher zu den einzelnen Punkten äußert und wie verständlich und schlüssig das ist. In dieser Arbeit kann aber nur der Ansatz, können Details nicht aufgezeigt werden.

Der vorstehende Text hat eine Überblicksdarstellung zum Handlungszusammenhang der im Transkriptausschnitt wiedergegebenen Äußerungseinheiten gebracht. Der komplexe Analyseschritt, mit dem sprachliche Formen und Handlungsmuster aufeinander bezogen wurden, ist übersprungen worden. Daher sei hier kurz auf die Äußerungsformen der EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG eingegangen.

Behauptet wird stets ein bestimmter Sachverhalt p. Im Fall w-

qualifizierter Behauptungen hat die typische Äußerungsform eine Doppelstruktur aus 'W-Qualifikation' und 'Proposition'. Am Beispiel Z. 21f. bietet sich folgende Zerlegung an:

1 Ich glaube,	2 daß an der Niederlage in Hessen nichts zu beschönigen ist.
------------------	-----------------------------------------------------------------

Teilsegment(TS) 1 verweist auf den mentalen Mechanismus der Einschätzung, TS 2 bringt ihren propositionalen Gegenstand zum Ausdruck. Würde TS 2 (syntaktisch transformiert) allein stehen, wäre auch die Lesart als BEHAUPTUNG möglich - eine solche Analyse wäre aber 'kontextfrei' im Sinne traditioneller Grammatik und eröffnete Spielräume, die in der konkreten Diskursanalyse nicht existieren; im übrigen führte sie zum Eindruck einer gewissen Beliebigkeit. Könnte der Sprecher, insbesondere mittels TS 1, nicht auch seine subjektive Überzeugung, seinen Glauben zum Ausdruck bringen als GLAUBENSBEHAUPTUNG? Dies kann wiederum nicht kontextfrei entschieden werden, da Formeln wie "Ich glaube", "Ich meine", "Ich würde sagen" u.a. auch Realisierungsformen dieses Sprechaktes bilden. Im Beispielsfall geht es aber nicht darum, einen Wahrheitsanspruch relativ zur eigenen Überzeugung zu vertreten oder einzuschränken (wie vor Gericht, vgl. HOFFMANN 1983: 129ff.); gefordert ist vielmehr, einen vorgegebenen Wirklichkeitsausschnitt (Wahlergebnis) auf der Basis eigenen Vorwissens bzw. eigener Vorerfahrungen zu verarbeiten, so daß zugleich eine Verlängerung in die Zukunft (Konsequenzen aus dem Wahlergebnis) möglich ist, wobei als Verarbeitungsergebnis ein subjektiv geprägtes Bild in Sprache gefaßt wird: genau das ist die Leistung des Einschätzungsmechanismus. TS 1 indiziert, daß dieser mentale Prozeß zu einem (vorläufigen) Abschluß gekommen ist. Das Einschätzungsergebnis wird in TS 2 zum Ausdruck gebracht (Am Wahlergebnis ist nichts zu beschönigen/ das Wahlergebnis bedeutet eine Niederlage). Der fragmentarische Charakter macht das Einschätzungsergebnis grundsätzlich revidierbar im Lichte neuer Erfahrungen; die Problematik macht im Beispiel die flankierende

BEHAUPTUNG Z.22ff. deutlich. Die EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG Z.24f. zeigt dieselbe Struktur. Z.26-29 liegt eine Einschätzung der Relevanz möglicher Gründe für die Niederlage (= Relevanz der ersten Einschätzung) zugrunde. Der präsupponierte Sachverhalt (FDP bot Bild der Zerrissenheit) wird als in diesem Sinne relevant eingeschätzt.

1 Ganz sicher	2 wichtig ist,	3 daß p.
------------------	-------------------	-------------

Die explizite Formel ist diesmal mit dem Modalwort "sicher" realisiert, das nicht wie "glauben" in der entsprechenden Formel auf den aus der Anwendung des mentalen Mechanismus resultierenden Zustand verweist, sondern auf die Sachverhaltseinstufung als Ergebnis der Einschätzung. Die Leistung von Modalwörtern des Typs "wahrscheinlich", "sicher", "vielleicht" besteht wesentlich darin, Sachverhalten relativ zur Sprechereinstellung ('Glaubenswelt') Gewißheitsgrade zuzuordnen, so daß sie ein Äußerungspotential für entsprechende repräsentative Sprechakte (VERMUTEN, VERSICHERN etc. ; vgl. HOFFMANN 1983: 4.3.2) bilden. Die skizzierte Analyse ist analog für Z.33f. durchzuführen. Eine dritte, nominale Äußerungsvariante zeigt Z.39-45; es handelt sich um Formeln wie "Ich bin der Meinung", "Meiner Auffassung nach" etc., deren Bezugsbereich dem der Verben gleichzusetzen ist. Eine weitere - hier nicht vertretene - Variante bezieht sich auf den Einschätzungsprozeß in seinem Ablauf durch ein entsprechendes Vergangenheitstempus: "Ich bin zu der Auffassung / Einschätzung gekommen, daß p" etc. Möglich ist schließlich auch der Bezug auf ein In-Gang-Setzen des Mechanismus: "Wenn ich das (jetzt) einschätzen soll" etc.

Damit sind einige Varianten genannt; weitere konkrete Analysen würden ein breiteres Spektrum ergeben und - das wären die Ziele - eine allgemeine Bestimmung von Realisierungsformen einerseits sowie eine allgemeine Funktionsangabe für einzelne sprachliche Einheiten andererseits erlauben.

5.

In der folgenden Passage wird zunächst der Rahmen deutlich, auf dem die Kommunikationsform basiert; anschließend gibt Brandt eine Einschätzung der Konsequenzen aus der Hessen-Wahl, die die Folgekommunikationen (auch zur Sendung) bestimmt und in die sequentielle Struktur Formen kontroverser Argumentation, die hier auch vorgesehen sind, hineinbringt.

- 01 B .../Ich hätte übrigens nichts dagegen, wenn heute abend
 B hier jemand säße,/ ich verstehe die Hörer und Zuschauer,
 B die wünschten, daß jemand säße, der die drittstärkste
 B Kraft vertritt- die wesent-/ich sag'- ich-
 05 N [/Nicht im Bundestag./ /Wir wollen doch
 B [ich sag'-
 N [keinen Streit zwischen uns anfangen, ob die im Bundes-
 N [tag sind oder nicht, Herr Brandt./
 B [/Ich hab' nichts anst- nichts zu ändern an den
 10 B [von Ihnen gesetzten Regeln, aber ich darf hier meine Mei-
 B [nung sagen./ /Seh-
 N [/Bitte sehr,/das durfte jeder bis jetzt./
 B hen Sie,/ und deshalb sag' ich...
 B ...es gibt an diesem Abend der hessischen Wahl die Mehr-
 15 B heit diesseits der Union ,/ Herr Kollege Kohl ,/die 's
 B sch- 'ne schwierige Mehrheit, aber es gibt sie, nicht auf
 B ihrer Seite , auf der Seite dieser beiden Herren , son-
 B dern es gibt sie diesseits einer Union, die angereichert
 B ist durch das , was Herr Genscher für die FDP ver-
 20 B tritt- und auf-/
 N [/Das heißt- Sie und die Grünen sind die Mehr-
 N [heit?/
 B [/Das ist zu einfach gesehen./
 B In der Tat numerisch in Hessen wie in Hamburg,/ weswegen
 25 B ja die Herren dort nich' regieren können./

Brandt verläßt den thematischen Rahmen zugunsten der Metaebene (diskursspezifischer Regeln), indem er seine Meinung zur öffentlichen Diskussion um eine Teilnahme der Grünen äußert (Z.01f.); die subjektiv behauptete Meinung sichert er ab durch die Bekundung von Verständnis für Rezipienten mit entsprechendem Wunsch (02-04), wodurch sich im Zusammenhang der Äußerungen allerdings eine Abschwächung ergibt (Verständnis allein zwingt nicht zur Meinungsübernahme). Hier ist der Moderator als diskurs-/themensteuernde Instanz gefordert. Nowotny tritt inhaltlich nicht in den initiierten Norm-Diskurs ein; seine Äußerung setzt die eingangs angesprochene Regel voraus und unterstellt sie als erfüllt (05f.). Mit der AUFFORDERUNG, nicht über Tatsachen zu streiten, soll zugleich das Problem der Norm selbst der Diskussion entzogen (immunisiert) werden. Da die Ebene nicht einfach verschoben werden kann, nutzt Nowotny Brandts Bezugnahme auf die "drittstärkste Kraft" und projiziert die offenbar auf Hessen abgestellte Kategorisierung auf den Bundestag, so daß er dann über die Regel-Erfüllung sprechen kann. Auf diese Weise versucht er, seiner Kontrollfunktion durch eine De-Thematisierung gerecht zu werden. Sprachlich stützt er sich dazu vor allem auf eine entsprechende allgemeine Funktion des Modalverbs 'wollen'.

Am Unterrichtsdiskurs hat REDDER (1984: Kap. 6.2/6.3) gezeigt, wie mit der Formulierung 'wir wollen' zum Zweck der Strukturierung des Unterrichts eine gemeinsame Orientierung auf eine Absicht erfolgt, wobei der entsprechende mentale Prozeß für die Schüler unterstellt wird. Für die Schüler wird so eine Übertragung in die Modalität des Sollens geleistet.

Weil der Moderator aber eine schwächere Position hat im Vergleich zum Lehrer, kann er die modal unterstellte gemeinsame Absichtsbildung nicht ohne weiteres auf einen gemeinsamen Handlungs- / Thematisierungsschritt beziehen, sondern bezieht sie - dazu zusätzlich das stimmungsfordernde und somit abschwächende "doch" (+ Negation) heranziehend - ein über die Formulierung einer Alternative, die keine ist.

Brandt greift die modal unterstellte gemeinsame Absicht nur for-

mal auf und weist sie für den von ihm initiierten Normdiskurs zurück. Die modale Verknüpfung leistet hier "ich darf". Damit bringt ein Sprecher zum Ausdruck, daß im fraglichen Bereich seinen Handlungsabsichten kein Sollen entgegensteht; meist wird zugleich ausgedrückt, daß damit die Absicht nun auch realisiert wird. Eine solche Äußerung hat nur einen Punkt, wenn bestimmte Möglichkeiten versperrt erscheinen; dies ist aktuell auf den Eingriff des Moderators zu beziehen. Zuvor hat Brandt klargestellt, was auch jeder weiß und niemand bestritten hat: er ist sachlich nicht zuständig für eine Regeländerung (09-11); er beseitigt damit ein mögliches Mißverständnis seiner einleitenden Äußerung (01f.) und indiziert damit nach außen, daß er selbst sich grundsätzlich an die Regeln hält - eine wiederum rein formale Reaktion auf den Kontrolleingriff des Moderators, gemünzt auf das Publikum. Anschließend reklamiert er für sich abstrakt das Recht auf freie Meinungsäußerung, was aber auch niemand - zumal nicht in der abstrakten Form - bestritten hat. Das grundsätzliche Recht auf freie Meinungsäußerung ist nicht so auszulegen, daß jeder Bürger die Möglichkeit haben muß, seine Meinung ungehindert über die Massenmedien zu verbreiten; ein zwingenderes Argument wird aber daraus, wenn es ein Politiker mit seiner Repräsentationsfunktion und dem Rahmen einer solchen Sendung zusammenbringt. Natürlich muß - und Brandt weiß das - Nowotny ihm das eingeklagte Recht zugestehen, und er tut es unwillig - mit distanziert-ironischer Höflichkeit ("bitte sehr" /Intonation); ferner stellt er - durch Projektion der Modalität in die Sendungsgeschichte - klar, daß bislang dieses Recht nicht verletzt wurde. Das impliziert, daß Brandts Vorgängeräußerung keinen Punkt hatte. In der Einheit "bis jetzt" mag man eine DROHUNG erblicken (12), auch wenn der Sanktionsteil nicht explizit wird; schließlich bleiben einem Moderator genügend Möglichkeiten, einen Diskutanten zu benachteiligen. Brandt knüpft triumphierend an (11+13); "sehen Sie" indiziert, daß ein Aktant zwangsläufig zu einem bestimmten Punkt gelangt ist, wie es andere vorhergesehen/vorhergesagt haben. In der analysierten Passage ist die Steuerungsleistung der Mo-

dalverben deutlich geworden. Ihre allgemeine Funktion wird wahrgenommen unabhängig davon, daß die Sprecher weitgehend thematisch aneinander vorbeireden (z.B. durch Ebenen - Wechsel), es ihnen aber - nicht zuletzt aufgrund ihrer Rolle im Diskurs - auf bestimmte Handlungs-Modalitäten gerade ankommt. Ganz anders als in der Schule oder vor Gericht sind beide Rollenträger in die Strukturierung involviert; der Befragte ist nicht unterlegen. Brandt nutzt die Möglichkeit zur Meinungsäußerung ausgiebig, ehe er dann schließlich auf seinen zentralen Punkt (14ff.) kommt. Seiner EINSCHÄTZUNGSBEHAUPTUNG fehlt die Doppelstruktur, sie soll somit größeres Gewicht, eine größere Verallgemeinerbarkeit bekommen. Im Kern wird gesagt, daß die sich abzeichnende neue Koalition in Bonn keine Mehrheit habe, eine Aussage, die nicht auf Fakten, Umfragen etc. gestützt werden kann, sondern eben nur auf eine Einschätzung. Sie wird Anlaß zu zahlreichen Diskussionen auch außerhalb der Sendung, auch innerhalb der SPD. Nowotnys REFORMULIERUNG zielt schon auf den Punkt, nämlich ob es sich um eine Mehrheit zur Bildung einer neuen Koalition (SPD - Grüne) handle. Brandt nimmt eine KORREKTUR vor (23) und zieht sich in seiner EXPLIKATION (24 f.) auf den numerischen Aspekt zurück, der auch den einer Minderheitsregierung (wie sie damals in Hamburg und dann in Hessen bestand) einschließt. Brandt muß die Adressaten in der SPD im Auge behalten, die keineswegs mit den Grünen zusammengehen wollen, sondern das Heil ggf. eher in der Opposition sehen; sie zu überzeugen besteht wohl nur eine Chance, wenn dies langfristig die einzige Möglichkeit ist, zu regieren, also an einer Mehrheit zu partizipieren. Auch auf der Seite der Grünen gibt es - zumal in Hessen - viel Skepsis gegenüber der SPD; hier muß eine gewisse Offenheit auf der Seite der Parteispitze eine Öffnung erst glaubwürdig machen, auch und gerade für Hessen, wo der Ministerpräsident mit seiner Minderheitsregierung auf grüne Zustimmung angewiesen ist. Wenn schließlich Analysen richtig sind, daß die SPD viele Wähler an die Grünen verloren hat und zu der Zeit rechts von ihr wenig gewinnen kann, bildet sich eine auch inhaltliche Öffnung in diese Richtung an; eine klima-

tische hat Brandt ja schon zu Beginn der Passage versucht. Mit den Flügeln der eigenen Partei und den Grünen sind also die wichtigsten Adressaten der mehrfachadressierten Äußerung Brandts genannt; das grüne Wählerpotential wird im folgenden noch deutlicher angesprochen, ohne aber eben einer neuen Regierungskoalition das Wort zu reden.

01 N [Aber nicht die regierungsfähige Mehrheit./
 B [Tatsächlich- /Ah, was
 B heißt "regierungsfähig", dafür haben wir Verfassungen./Po-
 B litisch geht es darum, daß das, was jetzt an neuer Auf-
 05 B trieb in Gang ist, das muß fortgesetzt werden, indem sich
 B die SPD öh-, wo es geht, zusammenfindet mit den Sozial-
 B liberalen aus der FDP, mit den Arbeitnehmern, die zeitwei-
 B lig irre geworden waren an der zerstrittenen Bonner Koa-
 B lition und mit den vielen aus der Friedensbewegung, aus
 10 B der Umweltbewegung, die eigentlich auch soziale Demokra-
 B tie gestalten wollen./Das ist die Aufgabe./
 N [/Herr Kohl wollte auch dazu was sa-
 N gen./
 K /Ja, ich bin dem Kollegen Brandt sehr dankbar, daß er we-
 15 K nigstens heute abend nach der Hessenwahl jetzt das Kon-
 K zept der Sozialdemokraten auf den Tisch legt. / Herr
 K Brandt, das, was Sie hier anstreben, ist eine andere Re-
 K publik, damit wir uns hier im Klartext verständigen,/
 K und ich bin froh, daß das ausgesprochen ist. / Sie haben
 20 K ja deutlich gesagt, Sie addieren jetzt eine Mehrheit zwi-
 K schen den Sozialdemokraten und den Grünen oder noch auch
 K angereichert durch die Friedensbewegung./Das bedeutet im
 K Klartext, daß diese Mehrheit mit absoluter Sicherheit das
 K Natobündnis zerstören wird, soweit es die Bundesrepublik
 25 K Deutschland betrifft, das bedeutet mit absoluter Sicher-
 K heit, daß Sie eine Wirtschafts- und Sozial- und Gesell-
 K schaftspolitik machen wird, die mit Sicherheit mit der
 K jetzigen Politik und auch der Poli- / Verehrter
 B [/Im hessischen Landtag oder wo?/

30 K Herr Brandt, Sie haben von der Mehrheit gesprochen ins-
 K gesamt...

Nowotny setzt mit seiner REFORMULIERUNG die 'regierungsfähige Mehrheit' in einen Gegensatz zur Mehrheit zwischen SPD und Grünen, nach der er zuvor gefragt hatte. Brandt weist - mit einer KORREKTUR am Sprachgebrauch, wie sie Politiker Moderatoren gegenüber öfter vornehmen - dies zurück; wer 'regierungsfähig' ist, das bestimmt die Verfassung, und das kann wie in Hessen auch eine Minderheitsregierung sein. Anschließend geht Brandt zum thematischen Bereich dessen über, was künftig zu entscheiden und zu tun ist. Seine AUFFORDERUNG zur Zusammenarbeit schließt das bisherige Potential der SPD und die Sozialliberalen der FDP mit dem Potential zusammen, das man den Grünen zuordnen kann; deutlich ist die Adressierung an die eigene Partei und natürlich die Partner künftiger - in der Form nicht spezifizierter Zusammenarbeit. Damit ist die erste Runde der Befragung abgeschlossen, und hinsichtlich der thematischen Expansion ergibt sich die Möglichkeit, an die Beiträge der Vorredner anzuknüpfen, kontrovers zu argumentieren, die eigene Position kontrastiv zu verdeutlichen etc. Kohl nutzt sie. Nach einem ironisch gemeinten DANK an Brandt - vorausgesetzt ist, daß Parteien ihre Konzepte vor der Wahl präsentieren sollten -, behauptet er, das Ziel der Sozialdemokraten sei eine andere Republik. Nachdem er seiner Freude Ausdruck gegeben hat, daß "das ausgesprochen" ist, was Brandt tatsächlich nicht gesagt hat, schließt er eine BEGRÜNDUNG (18 ff.) an. Darin behauptet er, Brandt addiere eine Mehrheit aus SPD und Grünen bzw. Friedensbewegung. Brandt hat von einer Mehrheit "diesseits der Union", von einer "numerischen" Mehrheit gesprochen, die jedenfalls die Union am Regieren hindern könne und Nowotnys erste EXPLIKATIONSFRAGE als "zu einfach" zurückgewiesen; auf die Frage einer Regierungskoalition ist er unter Hinweis auf die Verfassung - er denkt auch an Minderheitsregierungen - nicht eingegangen, hat aber zur Zusammenarbeit mit den einzelnen Gruppen dieses Spektrums "diesseits der Union" aufgefordert. Es liegt nahe, folgt

aber daraus nicht, daß das in ein Regierungsbündnis einmünden kann. Was Kohl ausführt, kann allenfalls seiner Einschätzung einer solchen Konstellation entspringen - so ist es aber nicht gekennzeichnet -, unmittelbar auf ein Zitat stützen kann er es nicht. Seine BEGRÜNDUNG bietet folglich einen Angriffspunkt; sie ist aber insofern geschickt formuliert, als Brandt eine Koalition mit den Grünen schon zurückweisen müßte, um diese BEGRÜNDUNG obsolet zu machen. Das kann er aber nicht, weil er sich ja gerade den Grünen gegenüber offen halten will, und Kohl weiß das auch. Brandts Position erweist sich zumindest als schwer vermittelbar für eine politische Auseinandersetzung, denn Politiker erleichtern sich (wie diejenigen, die ein Verhör oder eine Vernehmung durchführen) die Aufgabe gern mit binären Schematisierungen, um den anderen festlegen zu können und die eigene Argumentation zu erleichtern. Der Übergang von dem, was als Faktum zugrundegelegt (Brandts Addition einer Mehrheit SPD/Grüne/Friedensbewegung) zur vorangestellten Konklusion (Anstreben einer anderen Republik) soll für Kohl durch die BEHAUPTUNG, diese Mehrheit werde das Bündnis zerstören und eine andere Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik machen, gewährleistet werden. Diese BEHAUPTUNG ist aber nicht direkt als Schlußregel/Generalprämisse zu verwenden, sondern setzt ihrerseits einen Schluß voraus; das läßt sich in Anlehnung an TOULMIN (1958) wie folgt darstellen:

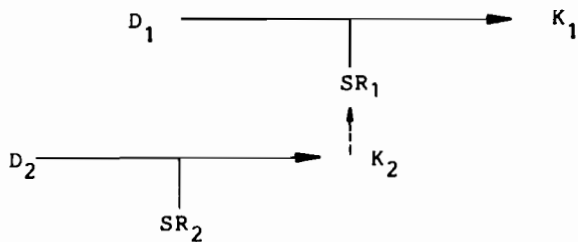


Abb.5 : Zusammenhang von Schlüssen als Basis für Kohls Argumentation

Symbole: D = Daten K = Konklusionen SR = Schlußregeln

(K 2) Eine Mehrheit unter Einschluß von Grünen und Friedensbewegung muß Teile der von diesen Gruppierungen vertretenen Politik übernehmen.

Um aus diesen Teilen eine Schlußkette zu machen, muß nun noch der Ausdruck "eine andere Republik" mit der Politik, die Grüne und Friedensbewegung vertreten, in Verbindung gebracht werden. Jedenfalls werden die Voraussetzungen deutlich, auf denen Kohls Argumentation basiert. Die einzelnen Punkte - ob explizit oder implizit formuliert - können in den folgenden Beiträgen aufgegriffen und zum Gegenstand weiterer Argumentation gemacht werden; wie oben ausgeführt, kann aber bei Einstieg in die laufende politische Diskussion von den Moderatoren thematisch eine Grenze gezogen werden. Das macht die folgende Passage deutlich:

01 K /Ja, äh- Kollege Brandt, zwei Bemerkungen zu dem, was
 K Sie gesagt haben./Zunächst ist es schon erstaunlich, die
 K Regierung Schmidt, so sagten Sie selbst, ist noch im Amt,
 K der Kanzler ist noch im Amt, und Sie reden jetzt über die
 05 K jetzige wirtschaftliche Lage, über die Staatsverschuldung
 K so, als läge das um eine Generation zurück./ Das ist das
 K Ergebnis Ihrer Politik, daß kleine Leute um ihre Zukunft
 K füge- fürchten müssen, daß die Staatsverschuldung so ange-
 K schwollen ist, das ist genau das Ergebnis Ihrer
 10 K Politik- und jetzt-/ /Nein-
 N /Wollen wir die Diskussion von morgen heute schon
 K ich will nur einen Punkt nur bringen,/ /
 N führen eigentlich?/
 K weil es ja eben nich' konsequent ist: / entweder das
 15 K stimmt, was Sie sagen, es gibt eine linke Mehrheit,/ das
 K haben Sie ja eben wieder gesagt
 B /Sie- nich' 'ne linke
 B Mehrheit links von Ihnen./
 K haben Sie kritisch?- /Gut, also links von uns,/ /
 20 K dann heißt dies doch konkret, daß Sie für diese Mehrheit
 K die Grünen brauchen, und dann heißt das auch...

Nowottny knüpft an das Stichwort "um eine Generation" zurück an, um Kohls Ausführungen als Teil der "Diskussion von morgen" auszugrenzen; genau genommen handelt es sich um nichts anderes, als um die aktuelle politische Diskussion, um das, was jetzt zu tun ist. Brandt hatte, anknüpfend an das, was Kohl vorher zur Politik der neuen Mehrheit ausgeführt hatte, die inhaltliche Diskussion solcher Themen wie der Genfer Verhandlungen, mehr Schulden/mehr Steuern, Verteilung der Lasten eingeführt. Da das die anderen Politiker unter Fortsetzungszwang bringt, und schließlich auch die Zeit einzuhalten ist, wird hier eine thematische Abgrenzung vollzogen. Hingegen läßt der Moderator den zweiten Teil, der sich auf Brandts Einschätzung von der neuen Mehrheit bezieht, zu, denn der Austausch darüber gehört klar in den Themenbereich der Sendung. Die Schwierigkeit der Abgrenzung im Einzelfall liegt in der Nähe der Themen zueinander. Außerdem soll im Zweifelsfall nichts unterdrückt werden, was hohen Relevanzwert besitzt. Im Einzelfall kann daher der Rahmen flexibel gehandhabt werden. Er ist die einzige Berufungsinstanz, die den Moderatoren zur Verfügung steht.

Es versteht sich, daß diese Analyse weder der Kommunikationsform noch den Transkripten in irgendeinem Sinne von Vollständigkeit gerecht werden konnte. Ich hoffe aber, deutlich gemacht zu haben, was alles prinzipiell von einer linguistischen Diskursanalyse zu berücksichtigen ist, die Sprache in den Zusammenhängen ihrer Verwendung klären will.

Anmerkungen

- 1 Zur Begrifflichkeit vgl. EHLICH/REHBEIN (1977); (1980)
- 2 Begriff nach EHLICH/REHBEIN (1980)
Forschungsberichte zu den einzelnen Institutionen enthält OBST 24, 1983
- 3 Eine exemplarische Analyse bietet KRZEMINSKI (1979)
- 4 Zur 'Mehrfachadressierung' vgl. HOFFMANN (1984); (1983)
- 5 Einen Typ der Folge-Kommunikation, die Zuschauerpost, behandeln HUTH/KRZEMINSKI (1981)
- 6 Für das Gericht vgl. HOFFMANN (1983)
- 7 Vgl. HOFFMANN (1983), S. 77 ff. und die dort angegebene Literatur
- 8 In Anlehnung an den angelsächsischen Begriff 'anchor-man'
- 9 Zur Vorgehensweise vgl. HOFFMANN (1983)
Mit Hilfe der Angabe von Interaktionsbedingungen lassen sich die wesentlichen Merkmale von Handlungsmustern bündig zusammenfassen (Vgl. auch HOFFMANN 1983); die Art der Bedingungen unterscheidet sie klar von Bedingungen, wie sie SEARLE (1969) für (isolierte) Sprechakte vorstellt. Es handelt sich also nur um eine Notationsweise, alternativ etwa zu bestimmten Arten des Diagramms etc. .
- 10 Vgl. HOFFMANN (1983), Kap. 4.3.1.2
- 11 Vgl. HOFFMANN (1983), Kap. 4.3.2 zu repräsentativen Sprechakten
- 12 Transkriptionszeichen:

	markiert die Zeitachse ('Partiturschreibung')
...	akzentuiert gesprochene Passage
/	Segmentierungszeichen
xx	Pause (2 Sekunden)
-	Abbruch
!	auffällige Stimmhebung
`	auffällige StimmSenkung
...	Auslassung
" "	Zitat
?	Stelle akustisch schwer identifizierbar
N	Nowottny (Moderator 1)
R	Reiche (Moderator 2)
G	Genscher
B	Brandt
K	Kohl
- 13 So geschehen anläßlich der Bonner Runde zur Hamburg Wahl (Dezember 1982)